

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen  Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die graphische und papierverarbeitende Industrie

21. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.
monatlich 20 Pf. ohne Beleggeld

Berlin, den 21. Februar 1925

Erscheint vierteljährig Samstags
Einzelaummer 10 Pfennig

Nummer 4

Gewerkschaftliche Charakterbildung

Es ist Gefahr vorhanden, daß die Gewerkschaften bei den an sich durchaus berechtigten Bestrebungen, ihren Mitgliedern Kenntnisse allgemeiner und beruflicher Art zu vermitteln, die Hauptsache leicht übersehen. Was ist denn die Hauptsache? Treffend gibt auf diese Frage Kollege Dr. Brauer in seiner Schrift „Die Krisis der Gewerkschaften“ eine Antwort. Nach seiner Meinung kommt es in erster Linie auf die Bildung von Persönlichkeitswerten an. Mit der bloßen Kenntnisvermittlung, mit der reinen verstandesmäßigen Bildung muß also zusammengehen eine Gefinnungserziehung.

Nun ist allerdings die Erziehung zur Gefinnung in erster Linie eine Aufgabe unserer konfessionellen Standesvereine. Die Jugend-, Gesellen- und Arbeitervereine haben sich von allem Anfang an als Bildungsvereine bekannt und in diesem Sinne auch gearbeitet. Im engen Anschluß an die Kirche haben die genannten Vereine die religiös-sittliche Bildung und Erziehung ihrer Mitglieder in beachtenswerter Weise gepflegt. Sie haben die Mitglieder für die Lösung der praktischen sozialen und staatsbürgerlichen Aufgaben geschult. Das werden sie auch in Zukunft tun müssen. Aber eines ist dabei Voraussetzung: das Zusammenarbeiten und das Zusammengehörigkeitsgefühl wird wieder, wie in den Jahren vor dem Kriege, auf beiden Seiten ein tunigeres werden müssen. Wir in den Gewerkschaften haben unseren Mitgliedern zunächst sachliches Wissen auf den verschiedensten Gebieten zu vermitteln. Wichtiger, viel wichtiger aber noch als dies ist die Bildung von Persönlichkeiten, ist die volle Durchbringung der Mitglieder mit dem Geiste des christlichen Gewerkschaftsgedankens, mit dem Geiste des wahren Christentums. Als höchstes Ideal muß bei all unserem Tun die christliche Weltanschauung gelten. Auf dieser ist unsere Bewegung aufgebaut. Sie bildet das feste Fundament unserer Bewegung. Ohne dies Fundament sind wir nichts. Und dieses Fundament dürfen wir nicht untergraben und unterwühlen lassen.

Entscheidend ist zwar nicht, wenn wir noch so oft betonen, wir ständen auf dem Boden der christlichen Weltanschauung, wären Christen und wollten es bleiben. Das Entscheidende ist vielmehr, daß wir auch nach den Grundsätzen des Christentums leben, daß wir im Leben auch stets nach christlichen Grundsätzen handeln. Weil das nicht immer der Fall ist, darum können die Gegner unserer Weltanschauung zuweilen von sich behaupten, daß sie bessere Christen seien als jene, die sich meist in aller Öffentlichkeit zur Fahne Christi bekennen. Was wir darum mit aller Macht zu erstreben versuchen müssen, ist nicht ein Namenschristentum, sondern ein Christentum der opferbereiten Tat.

Je mehr uns das gelingt, umso leichter wird es uns möglich sein, auch wieder mehr wirkliche Idealisten für eine Mitarbeit in unserer Bewegung zu erziehen. Wenn im ersten Jahrzehnt des Bestehens unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung diese trotz aller Schwierigkeiten sich einen Weg bahnen konnte, dann war das nicht nur allein darauf zurückzuführen, daß die Träger dieser Bewegung der Arbeiterschaft mehr Lohn und eine kürzere Arbeitszeit erkämpften, sondern es lag zum allergrößten Teile daran, daß die Führer der Bewegung nach dem Vorbilde des göttlichen Meisters ein Leben der Aufopferung und Enttägung, ein Leben der Hingebung und der praktischen Nächstenliebe führten. Nur weil die Anhänger der Bewegung in ihren Führern gleichsam wahre Christusjünger erblickten, die ihr Leibes und ihr Alles der Sache der notleidenden Arbeiterbrüder opferten, nur darum konnte die Bewegung,

getragen von diesen hohen Idealen eines Fatachristentums, eine Massenbewegung werden. Unsere Bewegung kann nur dann eine Zukunftsbewegung werden, wenn alle führenden Mitglieder in ihr tief durchdrungen sind von dem Geiste eines wahren Christentums, wenn sie durch ihren Lebenswandel sich als durchaus charaktervolle Persönlichkeiten erweisen, die nicht nur um das Materielle, sondern auch um das Ideelle und um das sittlich Ethische tief besorgt sind und darum auch mit Recht das volle Vertrauen der Arbeiterschaft besitzen.

Das Verhältnis der Führer zu den Mitgliedern und umgekehrt muß ein rechtes Freundschaftsverhältnis werden. Die Führer, unten und oben, müssen ihre Worte vorleben. Sie dürfen von den Mitgliedern nichts verlangen, dessen Möglichkeit sie nicht zuvor an sich selbst durch die Tat bewiesen haben. Alle Veranstaltungen unserer Organisation, alle Versammlungen, Konferenzen und Kurse müssen viel mehr gemeinschaftsbildend wirken, müssen mehr über den Werttag hinausragen, müssen wieder wirkliche Kraftstationen und Marksteine für uns werden. Alle unsere Veranstaltungen müssen viel mehr von Sonnenlicht durchflutet sein. Jede Versammlung, jede Veranstaltung, jedes Treffen muß liegendes Leben, muß kraftvolles Vorwärtstreiben, muß wieder für uns eine Etappe nach vorne sein.

In dieser Hinsicht müssen alle Führer der Organisation sich ihrer großen Verantwortung voll und ganz bewußt werden. Führer sind nicht nur die mit einem Vorstandsausschuss betrauten Mitglieder. Weit mehr Führertum kann in dem schlichten Kollegen vorhanden sein, der da nicht lange reden kann auf Versammlungen, der jeden Morgen seinen Gang zum Betriebe macht, der aber schon durch sein ganzes Wesen und durch sein Leben führt. Der Führer ist nicht bedingt durch Neupflichten. Das ist der beste Führer, der da führt im Betriebe, in der Bewegung, ohne sich dessen so recht bewußt zu werden, daß er führt. Daran kann man das rechte Führertum erkennen, wenn es in der Dumpschicht des Alltags aufrecht bleibt. Der wirkliche Führer muß Kinder des Zieles, muß Weiser des Weges, muß Vorbild seiner Worte sein. Er muß es verstehen, in den Mitgliedern Kräfte auszulösen, die zu einer innerlichen Anteilnahme am gewerkschaftlichen Leben mit aller Macht hinführen. Das ist die Durchbringung der Mitglieder mit dem wahren christlichen Gewerkschaftsgeiste. Das ist auch die Durchbringung mit dem Geiste des wahren Christentums.

Für unsere Gesamtbewegung sowohl wie auch für unsere eigene Organisation ist die Heranbildung von Führern, die Opfergeist und Opferstimmung kennen, die genügend Weitblick, Erfassen und Erschauen des Ganzen besitzen, eine Lebensnotwendigkeit. Darum kann der Ruf nach Führern und Erziehern, nach Menschheitsbildnern in des Wortes bestem Sinne nicht oft und nicht eindringlich genug erhoben werden. Mit der Erhebung dieser Forderung darf es aber nicht sein Bewenden haben. Den Worten müssen auch die Taten folgen. In der nächsten Zeit muß in unserer Organisation auf der ganzen Linie eine intensive Bildungs- und Erziehungsarbeit einsetzen. Geschichte das, dann werden auch die Erfolge ganz gewiß nicht ausbleiben. Dann wird uns später einmal der Lohn für unsere opfernde Bildungsarbeit in der Bewegung dadurch zuteil, daß wir mit Genugtuung und mit Freuden feststellen können: Wir haben nicht umsonst gearbeitet! Wir haben in der Bewegung Führer herangebildet, auf die diese stolz sein kann, Führer, die neben der Zubrust des Willens auch die schöpferische Tat lieben, Führer, die nicht nur Ideale kennen, sondern diese Ideale hochhalten und sie im Alltagsleben auch praktisch verwirklichen.

Unsere sozialpolitischen Forderungen

Am 3. Februar wurden die sozialpolitischen Forderungen unserer Bewegung im Reichstag vorgetragen. Kollege Stegerwald machte bedeutungsvolle Ausführungen, die wir nachstehend im Auszug folgen lassen.

Der gesamte Etat kann uns nicht zufriedenstellen. Die Ausgabenliste bietet kein ausreichendes soziales Bild. Es ist allerdings bereits eine Besserung eingetreten durch Erhöhung der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge um 80 Millionen und der produktiven Erwerbslosenfürsorge um 30 Millionen und durch die einmalige Einziehung von 115 Millionen zum Zwecke der Aufwertung der Invalidenrenten. Wir haben den Reichsfinanzminister wissen lassen, daß wir in der nächsten Zeit keinem Etat und keinem Sparprogramm zustimmen, bei dem die Armeen der Armen die Hauptleidtragenden sind. Das Vermögen der Invalidenversicherung in Höhe von 2 Milliarden ist durch die Geldentwertung verloren. Dafür muß unbedingt eine Entschädigung derjenigen eintreten, die jahrzehntelang ihre Beiträge zur Invalidenversicherung bezahlt haben.

Man betrachtet es als selbstverständlich, daß die Beamten mindestens die gleiche Pension erhalten, wie früher. Dann ist es aber eine klare Forderung, daß auch die Invalidenrentner, die teilweise über 30 Jahre Beiträge bezahlt haben und die demnach heute einen Anspruch auf eine monatliche Rente von 40 bis 45 M. hätten, eine Rente erhalten, die, wie die Beamtenpensionen, als vorenthaltenes Gehalt bzw. Lohn zu berechnen ist. Die augenblickliche Invalidenrente von 14 M. monatlich entspricht ungefähr einer Friedenslohnkraft von 9 M. Mit den jetzigen Beschlüssen des Haushaltsausschusses soll erreicht werden, daß diejenigen, die früher die höchsten Beiträge zur Invalidenversicherung bezahlt haben, eine monatliche Rente bis zu 23 oder 25 M. erhalten sollen.

Bei der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage werden wir in den nächsten Jahren nicht an großer Arbeitslosigkeit vorbeikommen. Die Arbeitslosen sollen weder verhungern, noch können sie beliebig auswandern. Daher müssen wir baldigt zu einer Arbeitslosenversicherung kommen, die erhebliche Vorteile gegenüber der jetzigen Erwerbslosenfürsorge aufweist. Die Kosten der Bedürftigkeitsprüfung bei der Erwerbslosenfürsorge stehen in gar keinem Verhältnis zu den tatsächlich gemachten Ersparnissen. Da aber bislang durch Umsatzsteuer und Lohnsteuer die arbeitenden Massen einen besonders hohen Anteil an der Deckung der Kosten für die Staatsausgaben tragen, so glauben wir mit Recht verlangen zu können, daß im Etat auf Antrag der nichtsozialistischen Parteien erhöhten Summen für die Erwerbslosenfürsorge, falls sie nicht verbraucht werden, als Grundstock für die kommende Arbeitslosenversicherung benutzt werden.

In der Frage der Arbeitszeit wird meist mit falschen Argumenten gearbeitet. Durch die Arbeitsstundenricht sind die Arbeiter überall dort, wo sie vor dem Kriege schon eingeführt war, ganz andere Menschen geworden. Wir wären in der Gegenwart und im Bergbau vor dem Kriege bestimmt in milderem gewesen, den Achtstundentag einzuführen, da wir außerordentlich günstige Produktionsbedingungen hätten. Aber das traurige ist, daß von Arbeitgeberseite schon vor dem Kriege so wenig Verständnis für eine gesunde Sozialpolitik vorhanden war, die sicherlich nicht die Wirtschaft gefährdet, sondern gefördert haben würde. Alles, was an Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung erreicht wurde, ist vor dem Kriege in schärfstem Kampfe mit den deutschen Wirtschaftsführern durchgesetzt. Darum glauben aber heute auch die Arbeiter den Unternehmern ihre angeblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht. Es rächt sich eben alle Schuld auf Erden. Das Schlimme ist aber, daß wir uns in der Frage der Arbeitszeit immer in Extremen bewegt haben. Vor dem Kriege hätten wir für die Schwerarbeiter den Achtstundentag gut ertragen können, haben ihn aber nicht eingeführt. Nach der Revolution kam der schematische Achtstundentag, der wiederum die Dinge übertrieb und keinen wirklichen Ausgleich für die

Schwerarbeiter schuf. Im Augenblick der Marktstabilisierung sind wir, als die Kräfte der Industrie einziehen, wieder in das entgegengekehrte Extrem zurückgeworfen.

Nun ist zugegeben, daß im Augenblick nach der generellen geordneten Neuordnung der Arbeitszeit sehr große Schwierigkeiten aus unserer wirtschaftlichen Not, aus den Lasten des Londoner Abkommens und endlich aus der zurückgebliebenen Technik ergeben. Aber wir könnten um eine geordnete schematische Regelung der Arbeitszeit herumkommen, wenn auf Arbeitgeberseite sozial verständnisvolle Bestände, daß man sich über die Arbeitszeitfrage in den einzelnen Industrien mit den Arbeitnehmerorganisationen einigen konnte. Die deutsche Arbeitnehmerseite hat in ihrer Mehrheit durchaus Verständnis dafür, wenn angesichts der augenblicklich niedrigen Lohnhöhe unter Wahrung aller gesundheitlichen Vorbedingungen, wenn es die Wirtschaft fordert, über acht Stunden gearbeitet wird, aber nur dann, wenn für die Arbeiterinnen auch eine Lohnzahlung erfolgt, die eine erträgliche Lebenshaltung ermöglicht. Unter allen Umständen aber können wir ab, daß die deutschen Arbeiter, die am schwersten zu arbeiten haben, auch die längste Arbeitszeit aufweisen, wie das gegenwärtig in Hochöfenbetrieben, Motoren, chemischen Betrieben der Fall ist. Wir müssen auf das schärfste ablehnen, daß die deutschen Arbeitnehmer durch die verlängerte Arbeitszeit zum Wohlstand des internationalen Kapitalismus degradiert werden.

Wir können auch nicht in einer schematischen Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland das Mittel sehen, um unseren Lebensweg abzufrachten. Es ist allen Arbeitern und der gesamten Kulturwelt auf die Dauer plausibel zu machen, daß, wenn in Deutschland die Arbeitszeit wesentlich länger sein würde als anderswo, dadurch auf die Dauer eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auf der ganzen Welt eintritt. Deshalb verlangen wir gleichzeitige Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in den wichtigsten Industrieländern, weil wir so nicht nur die gleichmäßige Regelung der Arbeitszeit, sondern auch politische Trümmer in die Hand bekommen.

Die Lohnpolitik des Reichsarbeitsministeriums wird von fast allen Seiten angegriffen. Die Unternehmer sind meistens unzufrieden mit den sogenannten Zwangsstarren in den Schiedspräzedenzen und insbesondere mit ihrer Verbindlichkeitsklärung. Die Arbeitnehmer sind der Ansicht, daß die Lohnpolitik des Arbeitsministers sich zu wenig an der Preispolitik orientiert. Es wird auch der Reichsregierung vorgeworfen, daß sie weiterer Lohnpolitik treibe, der Finanzminister läßt den Beamten in der Gehaltsfrage sehr viel weiter entgegen, als es die Regierung in der Lohnfrage gegenüber den Arbeitnehmern tut. Grundgedanke wie z. B. in der Tabak- und Zigarettenindustrie, trotzdem die Preise für die Produkte ganz gewaltig steigen sind, gehen unter das Maß des Ertragslöhns herunter. Wir müssen auch unser Volkstum äußern, daß die Regierung den Industriellen die durch den Ruhrstreik auch erlittenen Schäden ganz oder größtenteils ersetzt hat. Arbeiter und Angestellte haben nichts bekommen.

Unsere Wohnungs- und Siedlungspolitik muß grundlegend gegenüber den Jahrzehnten vor dem Kriege geändert werden. Wenn jetzt ausschließlich mit der Bauzinssteuer Wohnungspolitik betrieben werden soll, dann wird die stärkere Tendenz der Zusammenballung der Kernstädte in den Großstädten noch weitere Fortschritte machen. Wir müssen aber stattdessen eine Zentralisierung der Industrie herbeiführen. Diese Frage ist volkswirtschaftlich und kulturpolitisch geradezu entscheidend für Deutschlands Zukunft. Nicht anders liegen die Dinge auf dem landwirtschaftlichen Siedlungswesen. Hier muß zunächst auf eine Vermehrung des ertragfähigen Bodens durch Bodenkultur und auf eine sozialere Bodenverteilung hingewirkt werden. Unter diesem Gesichtspunkt muß auch die angeforderte gesetzliche Arbeitslosenversicherung nicht nur versicherungstechnisch, sondern auch volkspolitisch orientiert sein.

Wir müssen zurückgehen auf die Ideen des Freiherrn v. Stein und sie auf die heutige Entwicklung übertragen. Das 20. Jahrhundert muß in stärkerem Maße soziale Begegnung und den politischen und wirtschaftlichen Selbstverwaltungsgedanken pflegen. Das führt in einem Lande, wo 70 Prozent des Volkes aus Lohnempfängern besteht, ohne weiteres zu einer harten Verfolgung des Gedankens der Selbstbeteiligung und Mitverwaltung des industriellen Lebens. Wenn wir auf diesem Gebiete nicht weitergekommen sind, auch nicht in der Zentralarbeitsgemeinschaft, so liegt das daran, weil wir noch keine wirkliche Arbeitsgemeinschaftsgewinnung haben. Um sie zu bekommen, ist noch viel Erziehungsarbeit notwendig. Wir haben die Grundlage geschaffen zu einem materiellen, moralischen und intellektuellen Aufstieg der Arbeitnehmer. Uns fehlt aber eine genügende Anzahl von sozial orientierten Menschen, namentlich bei der Arbeitgeberseite. Alle Bestrebungen aber zur nationalen Erneuerung des deutschen Volkes führen bei dessen Verankerung auf die Dauer nicht zum Ziele, wenn sie nicht von sozialer Gesinnung bestimmt sind.

Unsere Tarifverhandlungen

In allen Zweigen der papierverarbeitenden Industrie haben in den letzten Wochen Verhandlungen stattgefunden, um die Löhne für die nächsten Monate neu zu regeln. Es gelang dabei, den Papierarbeitenden Lohn für Buchbinder einheitlich auf 80 Pf zu bringen. Nur für die Kartonnagenindustrie war diese Forderung nicht zu verwirklichen, doch gelang es auch hier, den bisherigen Abstand zum Lohn in der Buchbinderlei zu verringern.

Es war nicht leicht, zu diesen Lohnsteigerungen zu kommen. Trotzdem das Buchbindergewerbe mit einer Erhöhung der Löhne vorangeht, glaubten einzelne unserer Arbeitgeberverbände für ihre Zweig eine solche Erhöhung ablehnen zu müssen. Zum Teil mußte das Arbeitsministerium eingreifen. Man hat dann aber doch nicht gewagt, es zu Arbeitskämpfen im gegenwärtigen Zeitraum kommen zu lassen, ein Zeichen dafür, daß die Wünsche der Arbeitnehmer nicht doch nicht so unbillig waren, wie es vielfach hingehört wurde.

Es zum Juli liegen nunmehr die Löhne im Buchbindergewerbe fest. Dann werden die Parteien von neuem zusammenzutreten, um über die weitere Lohnaufstellung zu beraten. Dann wird von neuem der Streit zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft entbrennen, nach welchen Gesichtspunkten die Lohnfestsetzung erfolgen soll. Die Fortrießelöhne, die von den Arbeitnehmern immer angeführt werden, bilden keinen Anhaltspunkt mehr, da die Wirtschaftsverhältnisse sich in der Nachkriegszeit vollständig gewandelt haben. Der Arbeiter, der in den Verhandlungen auch immer wieder auftaucht, darf erst recht nicht die Grundlage der heutigen Lohnaufstellung bilden. Er war in der Inflationszeit ein Notbehelf, heute verlagert er vollständig. Der rechte Maßstab für die Lohnfestsetzung kann nur sein, daß die Unternehmer überein kommen, daß die Wirtschaftlichkeit der Betriebe sein. Allerdings darf da nicht auf einen Einzelbetrieb gesehen werden, der vielleicht schlecht geleitet ist. Die Gesamtanlage eines Industriezweiges muß maßgebend für die Höhe der zu zahlenden Löhne sein. In der Industriegebiet, für den verhandelt wird, gut verständig, kann auch ein guter Lohn gezahlt werden. Die vor uns liegenden Monate müssen dazu benutzt werden, die nötigen Unterlagen für die kommenden Verhandlungen zu schaffen. Aus den Zahlenlisten heraus muß das Material an unsere Unterhändler gelangen. Durch genaue Beobachtung der Geschäftslage und entsprechende Berichte an die Zentrale sollte jeder einzelne Kollege die im Juli zu erwartenden Verhandlungen vorbereiten.

Ein wichtiges gehört zu diesen Vorbereitungen: Nur starke Organisationen können eine vernünftige Lohnpolitik durchsetzen. Deshalb denke man daran, daß jeder Unorganisierte den weiteren Fortschritt hemmt und hindert. Tatkraftige Werberarbeit ist das Gebot der nächsten Wochen. Der gerechte Lohn wird erreicht werden, wenn die Arbeitnehmerkraft der Papierverarbeitenden Industrie durch Festigung und Stärkung ihrer Organisationen steigt, daß sie gewillt ist, diesen letzten erreichbaren Lohn zu erringen.

Auf zur Wahl!

„Auf zur Wahl!“ Diesen Ruf haben wir im vergangenen Jahre oft genug gehört. Die politischen Parteien machten alle Anstrengungen, um den letzten Mann an die Wahlurne zu bekommen. Das Jahr 1924 mit all seiner politischen Verberbung liegt hinter uns. Wenn man es in Bezug auf Wahlen ein politisches nennen darf, so kann man vom Jahre 1923 sagen, daß es ein soziales ist. Eine Reihe sozialer Wahlen stehen bevor. Zunächst Betriebsrätewahl, sodann Gewerbedirektorenwahl, und am Ende des Jahres Krankenkassenwahl.

Soziale Wahlen haben für uns als Bewegung mehr Bedeutung, als politische Wahlen. Der Anfall einer sozialen Wahl ist ein Grabwetter für die innere Kraft unserer Bewegung. Die gewerkschaftliche Entwicklung nach dem Kriege hat es mit sich gebracht, daß der Bedeutung der sozialen Wahlen keine so große Beachtung geschenkt wurde, wie vor dem Kriege. Vor dem Kriege waren soziale Wahlen für uns gewerkschaftlicher ein Ereignis. Wir wollten danach streben, daß es wieder so wird. Es ist notwendig, den Mitgliedern klar zu machen, daß es jetzt wieder an der Zeit ist, ernste Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Den Stürmern und Trägern muß gesagt werden, daß Gewerkschaftsarbeit sich nicht erschöpfen kann in der Erregung von Augenblinderfolgen, sondern daß Gewerkschaftsarbeit harte Gedächtnisarbeit ist. Die Gewerkschaftsarbeit muß zunächst darauf eingestellt sein, das Bestehende und Erreichte zu erhalten, um darauf weiter aufbauen zu können. Mit anderen Worten, unsere Mitglieder müssen mehr mit der sozialen Gesetzbildung vertraut gemacht werden. Hier muß die Bildungsarbeit einziehen. Der Wert einer solchen Arbeit zeigt sich bei den sozialen Wahlen.

Daß die Kenntnis der sozialen Gesetzbildung bei der deutschen Arbeiterschaft noch nicht weit fortgeschritten ist, ersieht man am besten aus der Stellungnahme zum Betriebsrätegesetz. Ist es nicht eine traurige Tatsache, feststellen zu müssen, daß es heute eine

ganze Anzahl Betriebe gibt, ohne eine gesetzliche Arbeitervertretung? Nebenbei bemerkt, sind dies aber durchschnittlich solche Betriebe, in denen kommunistische Zellenarbeit vorangetrieben haben. (Wart sei Dank, haben wir in unserem Verufe, wenigstens im Westen, dieses Übel nicht gekannt. Aber auch bei uns gibt es noch viel Arbeit. Uns christlichen Gewerkschaftlern ist das Übel, nicht als reife Frucht in den Schoß gefallen. Wir betrachten es vielmehr als den Anfang der Erfüllung jahrzehntelanger Wünsche. Das Übel ist der erste schmerzhafte Versuch, dem Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht in Betrieben zu schaffen. Er soll nicht nur ein willenloses Werkzeug in der Hand des Arbeitgebers sein, sondern er soll als gleichberechtigter Faktor im Betriebe gelten.

In vielen Betrieben haben sich die Betriebsräte durchgesetzt, in vielen nicht. Die Erfahrung lehrt, daß es im ersten Falle Betriebe sind, wo Solidarität gepflegt wird und gewerkschaftliche Disziplin herrscht. Im letzteren Falle mangelt es aber gewöhnlich an beidem. Anhalt dessen ist Mangel und Kränklichkeit am Betriebsrat an der Tagesordnung. Dadurch wird dem Betriebsrat die Freude an der Arbeit verleidet, zum Schaden der Arbeiterschaft und zum Nutzen des Arbeitgebers. Wie oft hört man den Anspruchs: „Gewerkschaften und Betriebsrat nützen ja doch nichts, der Arbeitgeber macht ja doch, was er will!“

Dieser Anspruch ist das Unwürdigste im Munde eines Arbeiters. Nur derjenige ist geschlagen, der sich selbst aufgibt. Die Errungenschaften sind die wertvollsten, die erst nach hartem, zähen Kampfe errungen werden.

Viel Aufklärungsarbeit ist zu leisten. Wohlan, ans Werk! Beginnen wir und schaffen wir gute Voraussetzungen für die kommende Betriebsratswahl. Mehr als einmal hören wir im vergangenen Jahre das Wort: „Wahlrecht ist Wahlpflicht!“ Bringen wir auch in diesem Jahre dies alle denen zum Bewußtsein, die es noch nicht wissen wollen. Ein jeder muß an der Stelle, wo er steht, Pionier für unsere Bewegung sein. Dann brauchen wir nicht bangen zu sein, wenn der Ruf ertönt: „Auf zur Wahl!“ A. Sch.

Auslands-Rundschau

Allgemeines. Am Herbst dieses Jahres soll in Luzern in der Schweiz der dritte internationale Kongress der christlichen Gewerkschaften abgehalten werden. Gelegentlich dieser Tagung wird, voraussichtlich auch unsere graphische Internationale wieder einmal zusammenzutreten. Die internationalen „Mitteilungen“ schicken der Tagung folgende bemerkenswerten Gedanken voraus: An der Schwelle des Jahres 1925 wollen wir keine Bilanz über die Vergangenheit aufstellen. Vielmehr scheint es uns angebracht, die Aufmerksamkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung in etwa 15 Ländern auf die große Bedeutung hinzuweisen, welche das neue Jahr für unsere Internationale und die ihr angeschlossenen Organisationen zu haben verspricht. Die internationale Lage wird ruhiger. Die politischen Kulkane großen noch mitunter. Aber man erwartet keine neuen Explosionen und Ausbrüche. In der Stunde des Christenkaufes vergißt man alles außer dem Wunsche und dem Willen, zu leben. Sobald die Gefahr nicht mehr akut ist, atmet man freier auf, und man wird sich auch des Vorhandenseins der anstrengt bewußt; allmählich beginnt man sogar, sich für andere Fragen zu interessieren. Das Ungewitter ist gewichen, und wenn der politische Himmel sich noch nicht in freundlicher Bläue zeigt, so beginnen doch die Nationen, eine wohlthunende Berührung zu spüren. Sie beginnen, sich umeinander zu kümmern und bei ihren Gegnern und Feinden von gestern, wenn nicht Tugenden, so doch Qualitäten zu entdecken.

Die Zeit eines übertriebenen Nationalismus ist vorbei, der den Haß und den Kampf der Nationen ebenso entfesselt hat, wie der Liberalismus und der Sozialismus, der Egoismus einer Gruppe oder gar Rasse zum Hass und zum Klassenkampf führen. Der internationale Gedanke breitet sich aus, eine schöne Blüte des Christentums, das im Augenblicke seines Erscheinens in der Dessenlichkeit sich als international bekannte, nicht im Sinne des Römers, der nur die Welt seines Imperiums konnte und alle Nationen seinen Knechten unterwarf, sondern im Sinne der Brüderlichkeit der Nationen, die ohne Verlust ihrer Individualität, ohne Unterschied der Rasse, der Sprache oder des Staates ihre Hände zum ewigen Vater aller Menschen und aller Nationen strecken. Unter diesen neuen Verhältnissen, in dieser Atmosphäre einer größeren Ruhe, als wie wir sie seit zehn Jahren kennen, schließt sich unsere Gewerkschaftsbewegung an, sich auf einem internationalen Kongresse zusammenzufinden, um die Fragen zu prüfen, welche die Arbeiter aller Nationen betreffen, und sie unter dem christlichen Gesichtspunkte zu untersuchen, d. h. im Geiste der Gerechtigkeit und der Liebe, und unter dem internationalen Gesichtspunkte, der weiter und unparteiischer ist, als die nationalen Meinungen. Hoffen wir, daß die Vorbereitung des Kongresses, die vorzunehmenden Untersuchungen, die vorzubereitenden Berichte, die Beratungen in den einzelnen Ländern, die möglicherweise dem Kongress vorausgehen, derartig sind, daß ihm der beste

Erfolg gesichert wird. Unser internationaler Kongress ist keine Gelegenheit, um „sich wichtig zu machen“, weder als Einzelperson, noch als Nation. Er ist ein Austausch der Ansichten zwischen Personen der verschiedenen Nationen über ihre verschiedenen Meinungen, aber alles das unter dem Wunsche, am internationalen Nachschritte des Schicksals des Arbeiters zu wirken, an seiner Befreiung in der ganzen Welt.

Holland. Unsere beiden holländischen Bruderorganisationen haben in den abgelaufenen Monaten mit den Arbeitgeber-Organisationen über die Erneuerung der vier Landesstatutverträge verhandelt. Im Buchdruckgewerbe und in der Buchbinderei, ebenfalls für die lithographischen und chemographischen Betriebe liefen die Verträge am 3. Januar 1925 ab. Durch Verhandlungen gelang es, die Verträge im Buchdruckgewerbe und in der Buchbinderei zu erneuern. Im Chemographengewerbe waren auf beiden Seiten schon Kriegsmäßigkeiten getrossen, als es noch im letzten Augenblick gelang, zu einer Verständigung zu kommen. Die Erneuerung des Tarifes für die Steindruckereien kamte erst nach vorausgegangenem Streik erreicht werden. Dieser Streik dauerte allerdings nur sechs Tage. Nachher geben wir einen kurzen Überblick über die einzelnen Verhandlungen.

Für das Buchdruckgewerbe verlangten die Arbeitgebervertreter neben einigen weniger wichtigen Änderungen weitgehende Veränderungen in der Lohngestaltung und der Dauer der täglichen Arbeitszeit. Der Spitzenlohn sollte von 75 Cent in der Stunde auf 80 Cent in der 1. Ortsklasse herabgesetzt werden. Die tägliche Arbeitszeit sollte in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends fallen, damit es überall ermöglicht würde, ohne besonderen Zuschlag in zwei Abteilungen arbeiten zu können. Es wurde schließlich eine Vereinbarung geschlossen, wonach der Lohn der Gehilfen über 24 Jahre um 2 Cents die Stunde gekürzt wird. In den anderen Altersklassen mußten die Arbeitnehmer eine größere Verminderung in Kauf nehmen. Der Wochenlohn für Gehilfen über 24 Jahre stellt sich jetzt in der 1. Ortsklasse auf 35,04 Gulden, für Maschinenführer auf 33,36 Gulden. Die Arbeitszeit ist mit 48 Stunden beibehalten worden. Sie soll in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends fallen. Für die Maschinenabteilungen ist es gestattet, die Arbeitszeit in die Stunden von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends zu legen, damit in besonderen Fällen die Maschinen zwei Stunden länger am Tage laufen können. Der Mantelvertrag läuft vom 5. Januar 1925 bis 26. März 1927.

Über den Buchbindertarif brauchte nicht so lange verhandelt werden, da er, wie bisher schon, wieder dem Buchdruckertarif angepaßt wurde. Der Lohn für Buchbinder und Buchrunder ist der gleiche, mit dem einzigen Unterschied, daß der Buchbindertarif nur sechs Ortsklassen kennt, während der Buchdruckertarif sieben aufweist. Die Arbeitszeit ist die gleiche wie im Buchdruckgewerbe: 48 Stunden in der Woche, und zwar 8 1/2 Stunden an den ersten fünf Tagen der Woche und 5 1/2 Stunden am Sonnabend. Die Arbeitszeitbegrenzung ist auch hier für Handarbeiter von 7-6 Uhr und für Maschinenarbeiter von 6-7 Uhr. Der Lohn für männliche Hilfsarbeiter ist in allen Ortsklassen 3,84 Gulden in der Woche niedriger als für Gehilfen; Hilfsarbeiterinnen über 22 Jahre erhalten 17,28 Gulden in der 1. und 14,88 Gulden in der 6. Ortsklasse. Die Tarifdauer ist die gleiche wie im Buchdruckgewerbe.

In der Chemigraphie herrscht eine bedeutend bessere Konjunktur als in den Buchdruckereien. Es werden sogar deutsche Arbeitskräfte angeworben. Deshalb wurde hier von den Arbeitnehmern eine Lohnerhöhung um zwei Gulden wöchentlich verlangt. Da die Arbeitgeber hierauf unter keinen Umständen eingehen wollten, wurde in den Betrieben allgemein die Kündigung eingereicht. Das hatte zur Folge, daß die Arbeitgeber nun bereit waren, auf die Anfrage der Gehilfen einzugehen. Der Vertrag ist ebenfalls bis zum 26. März 1927 abgeschlossen.

Im Steindruckgewerbe herrscht ebenfalls im Gegensatz zu den Buchdruckereien — eine äußerst günstige Beschäftigungslage. Trotzdem wollten auch hier die Unternehmer „abbauen“. Die Organisationen riefen zunächst die Belegschaft von vier Betrieben zum Kampf auf. Am 6. Januar brach der Streik aus. Nun zeigte sich das gleiche Bild wie in der Chemigraphie. Die Arbeitgeber waren zur Verständigung bereit. Der Streik wurde am 12. Januar aufgehoben und der bestehende Tarifvertrag bis 1. Mai 1928 verlängert mit der Bestimmung, daß die Arbeitgeber während der Tarifdauer das Recht haben sollen, einen Lohnabbau von einem Gulden wöchentlich zu beantragen, wenn eine „berartige“ Minderung in der allgemeinen Lage des Gewerbes eintritt, daß eine Lohnverminderung gerechtfertigt ist.“

Im allgemeinen haben die Organisationen mit Erfolg alle Verschlechterungen abwehren können. Wo die Abwehr, wie im Buchdruckgewerbe, nicht restlos gelang, war die schlechte Lage des Gewerbes ausschlaggebend.

J. Schippers, Amsterdam.

Amerika. Am 11. Dezember 1924 starb der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Samuel Gompers. Ein interessantes Lebensbild dieses ehemaligen, aus England eingewanderten jüdischen Zigarrenarbeiters entwirft Kollege Gerrarens in den internationalen „Mitteilungen“. Er schreibt da u. a.:

Vor fünf Jahren haben wie ihn in Washington in seinem eigentlichen Willen. Empfangen vom Büro des amerikanischen Arbeiterbundes, war ich betroffen von der Natur seiner Persönlichkeit. Eine Büste aus Bronze genügte nicht, Artikel aus Tageszeitungen, geschrieben zu seiner Ehre, wurden an die Wände geklebt. Einige Tage später, am Vorabend der Washingtoner Konferenz, bewegte sich ein großer Festzug durch die Straßen der Stadt, ein Zug zu Ehren des Herrn Gompers. Auf dem Wagen der Typographen vertriefsfähige eine Presse das Bild des Präsidenten mit der Unterschrift „Our hero“ unfer Geld. Wer war dieser Mann, der Mittelpunkt eines dem demokratischen Geiste zuwiderlaufenden und dem Gewerkschaftswesen fremden Sozialismus? Mit der Annahme eines Königs hätte er sagen können: „Der Bund, das bin ich.“ Wachte man die Bekanntheit seiner Mitarbeiter, so hatte man den Eindruck, daß Gompers in Wirklichkeit der einzig bedeutende Mann in seiner Bewegung war. Er liebte es nicht, sich mit Persönlichkeiten zu umgeben. Er hatte die Mäuren eines Diktators. Er hat die Gewerkschaftsbewegung in Amerika geschaffen, das heißt in den vielen Staaten, aus denen Amerika besteht, und in den Provinzen Canadas. Er war es, der, eingewandert als junger Zigarrenarbeiter, ohne irgendwelchen anderen Einfluß, als den er sich selbst erwarb, zunächst seine Kollegen, dann die Arbeiter der übrigen Berufe zu organisieren verstanden hat. Er war es, der im Jahre 1881 den amerikanischen Arbeiterbund gründete und der allein die verschiedenen Richtungen zu beherrschen wußte, als sie kleine Minoritäten wurden, und der Führer selbst dann noch geblieben ist, als eine starke Opposition sich gegen ihn wandte. Gompers war nicht Sozialist. Obgleich der Umstand, daß er gegen ein Regime kämpfen mußte, das nicht kapitalistischer sein kann, ihn zu extremen Lehren hätte führen können, so bewachte er, der sich nicht zu den christlichen Grundwänden bekannte, doch zu viel gesunden Sinn, um den Blick für die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Arbeiter mit den Arbeitgebern zu verlieren. Er wollte die Verbesserung des Loses der Arbeiterklasse. Er sah die ungeheure Arbeit, die trotz der Anforderungen der Gewerkschaftsbewegung zu tun übrig blieb. Er weigerte sich, die Arbeit sich verdrücken zu lassen durch Schlagworte einer revolutionären Partei. Er wollte die Zusammenarbeit der verschiedenen Nationen auf dem Gebiete des geistlichen Arbeiterschutzes, und wenn er sich hier, wie die Mehrzahl der Amerikaner, ein wenig auf unbekanntem Gebiete befand, so hat ihn das doch nicht gehindert, eine Hauptrolle in der Vorbereitung der Sitzungen der internationalen Arbeitsorganisation zu spielen, und die These des Achtstundentages auf der Washingtoner Konferenz zu vertreten.

Die Ergebnisse seiner Arbeit sind nicht überwältigend, wenn wir sie an den Ergebnissen der europäischen Gewerkschaftsbewegung messen. In den 40 Jahren des Bestehens des amerikanischen Bundes hat er die Zahl der Mitglieder in den Vereinigten Staaten einschließlich Kanada nicht über fünf Millionen zu steigern vermocht. Die in einzelnen Staaten bestehenden Arbeitsbedingungen bleiben eine Schande für die Menschheit. Man muß indessen die ungeheuren Schwierigkeiten in Betracht ziehen, mit welchen Gompers und seine Gewerkschaften zu kämpfen hatten: eine Arbeiterklasse, so gemischt, wie sie nur sein konnte, ein Klassenkampf, den wir nicht kennen, eine ungläubliche Verschleidenheit der Gesetzgebungen und der juristischen Auffassungen und nicht zuletzt eine Denkweise der Arbeiter, die alle Stufen: von der vorherrschenden Hoffnung, Kapitalist zu werden, bis zum äußersten Rabiunismus der den kommunistischen Tendenzen verfallenen Massen, umfaßt. Gompers war eine sehr interessante Figur, ein Mann, der trotz seiner Fehler und seiner Schmeichelei um die Arbeiterklasse verdient gemacht hat, der aber die Gewerkschaftsbewegung, der er vorlag, vielmehr durch angeborene persönliche Führeigenschaften beherrscht hat, als durch eine Beziehung zu Grundfragen, die geeignet sind, die Bewegung auch nach dem Ableben ihres Führers zu leiten.

Volkswirtschaft — Sozialpolitik

Opfer des Berufes. In den Abendstunden des 11. Februar 1925 sind auf der dem Stinnesfontzern zugehörigen Zeche „Minister Stein“ bei Dortmund mehr als 100 brave Knappen ein tragisches Opfer ihres gefährlichen Berufes geworden. Eine Schlagwetterexplosion, die schon so oft Wüstengräber in den Bergwerken verursachte, hatte hier einen außerordentlich heftigen Charakter angenommen. Nur wenige der in dem betr. Schacht tätigen Personen konnten lebend das Tageslicht wiedersehen. Alle anderen wurden Märtyrer der Arbeit. Bei allen Verhandlungen und Beratungen, die nun wegen der Ursachen des Unglückes vor sich gehen werden, sollte man das eine nicht vergessen, daß nämlich die Arbeitshelden von „Minister Stein“ im Dienste der Allgemeinheit ihr Leben gelassen haben. So hat denn auch diese Allgemeinheit die Pflicht, für die Hinterbliebenen der Toten zu sorgen und von ihnen

jede Not fernzuhalten. Es darf nicht so sein, daß nach dem anfänglich hellen Feuer des Mitleids die Eifersucht kein Interesse mehr an dem Schicksal derjenigen hat, die in solchen gefährlichen Berufen stehen, wie es nun einmal der Bergmannsberuf ist. Wer im Dienste der Gemeinschaft steht — und in diesem Dienst steht jeder, der seinen Beruf wahrhaft ausgeübt hat — der muß die Gewißheit haben, daß er und die Seinen in Unglücksfällen gesichert sind. Diese Sicherung kann aber keineswegs in den Leistungen der Berufsgenossenschaften erblickt werden, obwohl diese bereits einen guten Anfang darstellten. Die Katastrophe auf „Minister Stein“ mußte für alle eine dringende Mahnung sein, in der Verhütung der Unfälle und der Unterstützung der davon Betroffenen alles nur Erdenkliche zu unternehmen. Den Braven aber, die unter so tragischen Umständen von uns geschieden sind, sei in tiefer Ergriffenheit ein inniges Gedenken geweiht.

Ferien für die erwerbstätige Jugend. Der Ausschuss der deutschen Jugendverbände, der kürzlich in Berlin tagte, befaßte sich mit der Urlaubsfrage der jugendlichen Arbeiter. Die außerordentlich wichtige Frage, die leider in den Tageskämpfen allzu sehr in den Hintergrund getreten ist, bot Anlaß zu einer fruchtbringenden Aussprache, deren Niederschlag in folgender Entschließung zum Ausdruck kommt: „Der Ausschuss der deutschen Jugendverbände hält die gesetzliche Einführung von Ferien für die erwerbstätigen Jugendlichen für eine dringende Notwendigkeit. Der Ausschuss ersucht deshalb die Reichsregierung, so schnell wie möglich eine Gesetzesvorlage einzubringen, die drei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) unter 16 Jahren, und zwei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) zwischen 16 und 18 Jahren gewährt.“

Haben wir noch eine Wohnungsnot? Während man bisher statistisch festzustellen suchte, daß wir in allen Städten unter einer ungeheuren Wohnungsnot leiden, werden jetzt Statistiken veröffentlicht, mit denen man offenbar das Gegenteil beweisen will. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ rechnet aus, daß die Wohnfläche in Essen von 4,6 auf 4,5 zurückgegangen ist und augenblicklich in Essen mehr Wohnungen zur Verfügung stehen, als 1913. Paderborn führt die Zahl der vor dem Kriege feiergestandenen Wohnungen und der inzwischen neuerrichteten Wohnungen an. Es könnten darin 3000 Einwohner Unterkunft finden. Paderborn habe aber nur eine Zunahme von 1087 Einwohnern. Hamburg sucht nachzuweisen, daß die Wohnmengen von 3,78 auf 3,72 und Dresden von 3,95 auf 3,59 gesunken sei. Der Führer der Hausbesitzer Sumar, München, unterbreitete dem Reichswirtschaftsrat kürzlich Vorträge, in denen er behauptet, es sei statistisch festgestellt, daß nahezu in allen deutschen Städten kein nennenswerter Bevölkerungszuwachs stattgefunden hat und die Belegungsnummer der Wohnungen kleiner ist als vor dem Kriege, daß die vor 1918 im Besitz einer Wohnung befindlichen ungleich besser wohnen und die Zahlen der Wohnungsämter über die Wohnungsnot unrichtig seien. Es werden Erhebungen beantragt darüber, wieviel Wohnungen im Jahre 1914 leer standen, wie hoch die Bevölkerungszahl 1914 und 1924 sei und wieviel neue Wohnungen erbaut worden sind. In diesem statistischen Material, das jetzt zum Generalangriff auf die Wohnungszwangswirtschaft Verwendung findet, sei folgendes gesagt: Die Statistiker machen den Fehler, daß sie nur den Zuwachs an Wohnungen in Rechnung stellen, aber nicht den Abgang. Sumar hätte bei seinen Erhebungen auch verlangen müssen, daß festgestellt wird, wieviel Wohnungen verloren gingen. Sodann wird immer von der Belegungsnummer geredet. Es kommt aber gar nicht so sehr auf die Zahl der „Köpfe“ als vielmehr die Zahl der Haushaltungen an. Obwohl z. B. die Belegungsnummer in Hamburg zurückging, ist die Zahl der Haushaltungen in der gleichen Zeit von 257 864 auf 300 186 gestiegen. Auch in Dresden stieg die Zahl der Haushaltungen von 130 000 auf 152 787. Bei der Kopfhalt muß man den verschiedenen Raumbedarf und der etwa eingeht durch Verschlebung innerhalb der Familien Rechnung großen. Eine Familie mit vier kleinen Kindern e der sich vor dem Kriege mit einer Zweitimmierung in begnügen. Inzwischen sind die Kinder zehn Jahren geworden, sie beanspruchen mehr Raum. Die Wohnungsmangel ist heute so augenfällig, daß man über eine Frage halten sich bei weitem nicht die Wage reibt, diesem Grunde kann vorläufig von einer völlig vor Wirtschaft auf dem Wohnungsmarkt nicht die Rede sein.

Aus dem Gewerbe

Wohlfahrt. Über die Verhandlungen mit Erpi und das erzielte Ergebnis ist schon in der letzten Nummer berichtet worden. Aus dem am 3. Febr. gefällten Schiedsspruch ergeben sich nachstehende Wagnisse für die Zeit vom 26. Februar bis 1. Juli 1925: Wie

